

# VORAN

Preis:  
50 Pfg.

Hansaring 4  
5000 Köln 1  
0221/134504

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos und Gewerkschaften

## Rettet den Bergbau!

### Arbeitereinheit gegen Krisendiktat von Kohl und Kapital

Wenn es nach den Plänen der Wirtschaftsbosse geht, dann droht vielen tausend Arbeitsplätzen und ganzen Regionen das Aus. Neben Stahl und Werften soll auch im Bergbau der Kahlschlag weiterbetrieben werden. Nach Angaben des Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) sind weitere sechs Zechen mit über 20.000 Beschäftigten von einer Stilllegung bedroht. Grund: Die Energieversorgungsunternehmen wollen aus dem Jahrhundertvertrag (siehe Kasten) aussteigen und jährlich ca. 12 Millionen Tonnen deutsche Steinkohle weniger verstromen.

Der Kahlschlag soll bei den Zechen beginnen, die die sogenannte „niederflüchtige Kohle“ fördern: Sophia Jacoba in Hückelhoven, Niederberg in Neukirchen-Vluyn und Preussag Ibbenbüren. Die Zeche Emil-Mayrisch in Alsdorf soll bis 1992 geschlossen werden.

Von 600.000 Arbeitsplätzen im Bergbau Anfang der sechziger Jahre sind heute nur noch knapp 160.000 übrig geblieben. Die Förderung sank von 150 Millionen auf heute 76 Millionen Tonnen pro Jahr.

In früheren Aufschwungzeiten konnten die Kumpel noch in anderen Branchen unterkommen. Im gegenwärtigen Mini-Aufschwung ist die Arbeitslosenzahl dagegen noch weiter gestiegen. Allein zwischen 1983 und 1987 wurden 33.000 Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau vernichtet. In der Kohlerunde im Dezember 1987 wurde zwischen der Bundesregierung, den Regierungen der Länder NRW und Saarland, den Bergbauunternehmen und der IGBE ein weiterer Kapazitätsabbau von 13 bis 15 Millionen Tonnen bis 1995 vereinbart. Das bedeutet die Vernichtung von mindestens 30.000 Arbeitsplätzen. Ein Teil dieses Kapazitätsabbaus soll mit der Schließung von Sophia Jacoba erreicht werden. Aber das reicht den Stromkonzernen noch nicht.

In der Kohlerunde hatten sich die Stromerzeuger eigentlich zur Abnahme von jährlich rund 43 Mio. Tonnen deutscher Steinkohle bis 1995 verpflichtet. Aber weil der Stromverbrauch in den vergangenen Jahren stagnierte, gleichzeitig jedoch mehrere Kernkraftwerke in Betrieb genommen wurden und noch weitere hinzukommen werden, drängt die Atomlobby auf einen verschärften Kahlschlag im Steinkohlebergbau, und die Energieversorgungsunternehmen wollen aus ihrer Abnahmeverpflichtung aussteigen. Dazu meint die Stuttgarter Zeitung vom 3.11.1988: „Wir haben zu viele Kraftwerke. Überkapazitäten sind gerade bei den extrem kapitalintensiven Kernkraftwerken teuer. Um die Kosten der Uranmeiler dennoch möglichst klein zu halten, werden die Strommänner be-



strebt sein, diese möglichst voll auszufahren. Dafür müssen Kraftwerke mit anderen Brennstoffen gebremst werden – vor allem jene, die aus Kohle Elektrizität machen. (...) Und diese Vorgänge (um Kohlepfeilig und Jahrhundertrag – Anm. d. Red.) machen die Auseinandersetzungen um den künftigen Kohlenbedarf verständlicher: Zehn Mio. Tonnen wären gegenwärtig wohl leicht einzuspären.“

Im Rahmen der EG-Binnenmarktpläne will Frankreichs Stromwirtschaft überschüssigen Atomstrom in die BRD exportieren. Außerdem möchten die Energieversorgungsunternehmen in ganz Europa mehr Importkohle einsetzen. Kohle aus Südafrika ist eben billiger, weil die südafrikanischen Bergarbeiter für Hungerlöhne und unter katastrophalen Bedingungen arbeiten müssen.

Eine Studie des Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft aus dem Jahre 1987 schlägt sogar die völlige Streichung aller Subventionen und die „Tilgung“ von 140.000 Arbeitsplätzen im Steinkohlebergbau vor.

Das sind die wahren Hintergründe für die Abschlächtpläne der konservativen Politiker in Bonn und Brüssel. Offiziell heißt es, die Subventionen für den Steinkohlebergbau hätten eine untragbare Größe erreicht. 1987 beliefen sie sich auf ca. 10 Milliarden DM. Das sind umgerechnet 65.000 DM für jeden Bergmann. Von 65.000 DM netto im Jahr können die Bergmänner aber nur träumen. Wohin fließt das Geld? 1987 wurden 3,5 Mrd. DM an die Kohleunternehmen gezahlt, damit diese Koksrohle zu Weltmarktpreisen an die Stahlkonzerne verkaufen können. Die Ruhrkohle AG (RAG) kontrolliert 70% der deutschen Steinkohleförderung. Die RAG ist eine Aktiengesellschaft, an der neben der öffentlichen

Hand private Unternehmen u.a. die Thyssen Stahl AG beteiligt sind. Von einem Teil der Subventionen bezahlt die RAG die Dividende an ihre Aktionäre.

5 Milliarden DM wurden 1987 über den Kohlepfeilig direkt an die Stromkonzerne gezahlt. Der Kohlepfeilig gleicht die Differenz zwischen dem Preis von Erdöl und Importkohle gegenüber der heimischen Steinkohle aus. Seit 1985 ist aber der Preis für Importkohle und insbesondere der Ölpreis stark gefallen. Gleichzeitig ist der Preis der deutschen Steinkohle derselbe geblieben. Die Stromkonzerne haben also Jahr für Jahr zusätzliche Subventionen in Milliardenhöhe erhalten, ohne daß ihre Kosten gestiegen wären. Dazu die Aachener Nachrichten vom 24.11.1988: „Gewinner dieser verworrenen Lage ist vorläufig zumindest die Stromwirtschaft, der satte ‚windfall profits‘ (Extra-Profit – Anm. d. Red.) zufließen. (...) Obwohl heute in den Kraftwerken praktisch kein Öl mehr verfeuert wird, bekommt die Stromwirtschaft mit jedem Rückgang des Ölpreises mehr Geld.“ Auch die Stromkonzerne sind zu mehr oder weniger großen Teilen in dem Besitz von Konzernen, Großbanken und Versicherungen. Bei ihnen landet das größte Stück vom Subventionskuchen.

Das Ergebnis der Kohlerunde der Bonner Koalition vom 16.11.1988 war eine Erhöhung des Kohlepfeignigs von 7,25 auf 8,5% und die Streichung des Revierausgleichs (1,1 Mrd. DM) sowie die Streichung der Zuschüsse für niederflüchtige Kohle (400 Mio. DM), wie sie auch in Hückelhoven, Alsdorf, Ibbenbüren und Niederrhein gefördert wird. Aufgrund der Proteste der Bergleute wurde die Streichung des Revierausgleichs und der Zuschüsse noch einmal zurückgestellt.

## Kohle statt Kernenergie

CDU, CSU und FDP predigen ständig, die Kohle hätte nur im Verbund mit der „billigen“ Kernenergie eine Zukunft. Tatsache ist: von 1982 bis 1987 wurde die Produktion von Atomstrom verdoppelt. Im selben Zeitraum wurden im Kohlebergbau über 30.000 Arbeitsplätze vernichtet. Die Atomlobby ist der Todfeind des Steinkohlebergbaus.

### Atomstrom: gefährlich, teuer und überflüssig

Windscale, Harrisburg, Tschernobyl, unzählige Störfälle, Flugzeugabstürze in der Nähe von AKW's, Beinahe-Katastrophen auch in bundesdeutschen AKW's haben bewiesen, wie schnell etwas passieren kann. Tschernobyl hat gezeigt, welche Ausmaße ein Unfall in einem Atomkraftwerk annehmen kann. Insgesamt 500 Millionen Menschen, ein Zehntel der Weltbevölkerung, waren durch die Radioaktivität aus dem Reaktor von Tschernobyl betroffen. Dabei konnte eine noch größere Katastrophe, das Durchschmelzen des Reaktorkerns, nur knapp verhindert werden.

Und im Herbst 1988, als CDU-Politiker in der Diskussion um die Zukunft des deutschen Steinkohlebergbaus mal wieder die Vorteile der Kernenergie gegenüber der Kohle besonders lautstark priesen, erfuhren wir, daß die BRD ein Jahr zuvor bei einem Störfall im Kernkraftwerk Biblis nur knapp einer atomaren Katastrophe entgangen war. Da das Abschalten des Reaktors dem Betreiber RWE pro Tag eine Million DM gekostet hätte, war versucht worden, einen Defekt zu beseitigen, während der Reaktor in Betrieb blieb.

Atomstrom ist teuer. Seit den sechziger Jahren flossen Milliarden subventionen in die Kernenergieforschung und in den Bau von AKW's. Die Kosten für den schnellen Brüter in Kalkar werden auf mittlerweile 12-15 Mrd. DM geschätzt. Die Aufwendungen für Entsorgung bleiben in den Berechnungen der Atomstromkosten unberücksichtigt. Allein für die Schmiergelder wurden Millionenbeträge gezahlt, wie jedermann seit dem Hanauer Atommüllskandal weiß.

Atomstrom ist überflüssig. Die Stromkonzerne haben derart große Überkapazitäten aufgebaut, daß mit den vorhandenen konventionellen Kraftwerken der gesamte Stromverbrauch der BRD jederzeit auch ohne Kernkraftwerke gedeckt werden könnte.

In jüngster Zeit wird verstärkt versucht, das Argument Umweltschutz gegen die Kohle einzusetzen. Technisch ist es aber überhaupt kein Problem, die Kohlekraftwerke mit Filtern bzw. Vorrichtungen zur Abscheidung von Staub, Schwefeldioxid und Stickoxid auszurüsten. Zumindest teilweise ist dies bereits geschehen.

Weiter wird davor gewarnt, daß bei der Kohleverbrennung entstehendes Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) langfristig zur Aufheizung der Erdatmosphäre führe. CO<sub>2</sub> entsteht auch bei der Verbrennung von Öl und Erdgas. Die Brandrodung der tropischen Regenwälder, ebenfalls nur aus Profit-Interesse betrieben, und die Produktion von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW), die nicht nur die Ozonschicht zerstören, sondern auch zusätzlich zur Aufheizung der



Vernichtung von strahlenverseuchtem Gemüse nach Tschernobyl in der Bundesrepublik.

Atmosphäre führen, sind ebenfalls gewichtige Faktoren, die zur Störung des Weltklimas beitragen.

Natürlich müssen alle technischen Möglichkeiten für eine sparsame und umweltschonende Energieerzeugung genutzt werden. Auf die Vorschläge der Kapitalisten sollten wir uns aber besser nicht verlassen. Sie sind dafür verantwortlich, daß in den letzten Jahren sowohl Arbeitsplätze als auch die Umwelt weiter vernichtet wurden.

## Jahrhundertvertrag

1980 zwischen Bergbau und Energiewirtschaft geschlossener Vertrag, der die Abnahme von deutscher Steinkohle durch die Stromkonzerne und die Zahlung von Subventionen an die Stromkonzerne bis 1995 regelt. Die Kraftwerke verpflichteten sich, von 1981 bis 1995 jährlich rund 43 Millionen Tonnen bundesdeutscher Steinkohle abzunehmen. Tatsächlich wurden seitdem nur rund 40 Millionen Tonnen jährlich abgenommen. Der Kauf von heimischer Steinkohle durch die Kraftwerke muß also bis 1995 noch ansteigen, wenn der Vertrag eingehalten werden soll.

## Ruhrkohle AG (RAG)

Unter Mitwirkung von Bundesregierung, Landesregierung NRW, Bergbauunternehmen an der Ruhr und IGBE 1968 gegründete Einheitsgesellschaft, in der zunächst 19 Bergbauunternehmen an der Ruhr zusammengeschlossen wurden.

Die RAG ist eine Aktiengesellschaft, an der neben der öffentlichen Hand auch die VEBA AG mit 37% und die

Thyssen Stahl AG mit 10% beteiligt sind. Die RAG ist außerdem über eine 70%ige Beteiligung an der STEAG auch im Atomgeschäft tätig.

## Kohlepfennig

Prozentualer Aufschlag auf den Strompreis, der die Preisdifferenz zwischen dem Weltmarktpreis für Erdöl bzw. Importkohle gegenüber der deutschen Steinkohle ausgleichen soll. Wird an die Kraftwerksbesitzer gezahlt.

## Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (RWE)

Größter privatwirtschaftlicher Stromerzeuger und -händler Europas. Kontrolliert fast 40% der bundesdeutschen Stromversorgung. Über direkte und indirekte Beteiligungen an vielen Unternehmen der Atomindustrie spielt das RWE eine führende Rolle beim Ausbau der Kernenergie. Ihm gehört u.a. das Atomkraftwerk Biblis. Die Kommunen besitzen 30% der Aktien, aber über 60% Stimmenanteil.

# Forderungen zur Rettung des Bergbaus

### ● Erhalt jedes einzelnen Arbeitsplatzes auf allen Zechen!

Die Behauptung, durch den Abbau von einzelnen Arbeitsplätzen oder Schließung einzelner Zechen würden die verbleibenden Arbeitsplätze sicherer, ist eine freche Lüge, um die Belegschaften zu spalten und die Kampfkraft zu schwächen. Bis jetzt folgte noch auf jeden Arbeitsplatzabbau immer weitere Arbeitsplatzvernichtung, auf jede Zechenstilllegung die nächste. Diese Salamtaktik des Kapitals dürfen wir nicht hinnehmen.

Wir wollen auch keine angeblich „sozialverträglichen“ Lösungen, „Anpassungsmaßnahmen“ oder gar „Rückkehrprämien“ für die ausländischen Kollegen, um sie in ihre Heimatländer abzuschieben. Wir wollen den Erhalt unserer Arbeitsplätze für uns und unsere Kinder. Vermeintliche Arbeitsplatzangebote auf anderen Zechen weisen wir zurück. Wir sind keine Nomaden! Wenn irgendwo Arbeitskräfte benötigt werden, sollen Arbeitslose eingestellt werden. Alles andere sind nur Tricks, um die Belegschaften zu spalten und zu schwächen, damit bald niemand mehr da ist, der die Arbeitsplätze verteidigen kann.

### ● Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie!

Beim Ausschalten der AKW's darf es keine Entlassungen geben. Die Beschäftigten sind nicht für die Atompolitik verantwortlich. Sie müssen in anderen Bereichen, z.B. im Umweltschutz, weiterarbeiten können. Die Milliardensubventionen für die Atomindustrie können dann dort sinnvoll eingesetzt werden. Der IGBE-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer hat darauf hingewiesen, daß durch die Schließung auch nur einer großen Zeche ebensoviele Arbeitsplätze verloren gehen würden, wie es Beschäftigte in allen deutschen Atomkraftwerken gibt.

### ● Arbeitszeitverkürzung durch 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Selbstverständlich nicht im Sinne von Norbert Blüm (neun Stundentag, Flexibilisierung, Samstagsarbeit, Sonntagsarbeit), sondern 8-Stundentag, Ausweitung des freien Wochenendes auf Freitag.

Diese Forderung ist mehr als berechtigt. Schließlich hat sich in den letzten dreißig Jahren die Schichtleistung pro Bergmann von durchschnittlich 1,6 t auf über 4,5 t fast verdreifacht. Allein seit 1982 ist sie um 18 % gestiegen.

Kurzarbeit, Anpassungsmaßnahmen und Entlassungen sind auch Arbeitszeitverkürzungen – nur mit Lohnverlust und Arbeitsplatzvernichtung.

### ● Öffnung der Geschäftsbücher

Wir wollen wissen, wohin die Subventionen geflossen sind. Wieso können Kohleunternehmen und Stromkonzerne hohe Dividenden an private Aktionäre zahlen und gleichzeitig Subventionen kassieren? Was machen die Stromkonzerne mit den Milliardenbeträgen aus dem Kohlepfennig?

### ● Überführung der Energie- und Kohlekonzerne in Gemeineigentum

Das jährlich wiederkehrende Pokern um Subventionen, bei dem die Konzerne jedesmal mit weiterer Arbeitsplatzvernichtung drohen, macht deutlich: Solange die private Wirtschaft ihre Aktien im Spiel hat, steigen die Subventionen und die Arbeitsplätze werden dennoch weniger. Die Gründung der

RAG vor 20 Jahren war zwar ein Schritt in die richtige Richtung und kam nur auf starken Druck der IGBE und der SPD gegen den Widerstand der einzelnen Kohleunternehmen zustande.

Besser wäre es jedoch gewesen, die Kohleunternehmen schon damals zu hundert Prozent zu verstaatlichen. Die Form der Aktiengesellschaft (siehe Kasten) führte dazu, daß die Konzernpolitik weiter von Kapitalinteressen bestimmt wurde. Trotz hoher Subventionen wurden seit Gründung der RAG 75.000 von damals 182.000 Arbeitsplätzen vernichtet. Bis 1995 sollen weitere 20.000 Arbeitsplätze bei der RAG verschwinden. Der Veba-Chef und Aufsichtsratsvorsitzende der RAG Rudolf von Bennigsen-Foerder hat dem Bundeskanzler eine Absenkung der Steinkohleverstromungsmenge von jetzt jährlich 41 Mio. auf etwa 30 Mio. Tonnen empfohlen.

Die Forderung nach Verstaatlichung von Kohle und Energieversorgung ist nicht neu. Nach dem Krieg wurde massiv die Sozialisierung der Schlüsselindustrien gefordert. Die Forderung nach Vergesellschaftung steht in fast allen Grundsatzprogrammen der Gewerkschaften. Auch von den Rheinhausener Stahlarbeitern wurde von Anfang an die Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie gestellt.



Sie ist dringender denn je. Die Führungen von SPD und Gewerkschaften müssen endlich einen offensiven Kampf dafür führen. Wenn finanzielle Unterstützung aus unseren Steuergeldern notwendig ist, dann wollen wir auch darüber bestimmen, daß das Geld tatsächlich für den Erhalt von Arbeitsplätzen eingesetzt wird.

● **Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung in den verstaatlichten Konzernen**

Staatseigentum reicht nicht. Das sehen wir an vielen staatseigenen Betrieben, in denen häufig auch keine andere Politik betrieben wird, als unter privatem Management. Der Austausch eines Aktionärs oder Managers durch Staatsbürokraten allein hilft nicht weiter. Deshalb brauchen wir demokratische Kontrolle und Verwaltung in den staatseigenen Betrieben, nämlich

– Arbeiterkontrolle, d.h. weitgehende Mitsprache- und Entscheidungsrechte der Betriebsräte und Vertrauensleute bei Ent-

cher Rahmenplanung (Infrastruktur, Energieversorgung, Roh- und Werkstofflieferung usw.) einbringen.

Bei 2/3 Arbeitnehmervertretern und nur 1/3 Staatsvertretern können auch allzu starke staatliche Eingriffe verhindert werden. Wichtig ist allerdings, daß sich die Vertreter und Funktionäre nicht von den Interessen und Wünschen der Basis entfernen können. Deshalb muß die Möglichkeit zur jederzeitigen Abwahl bestehen. Außerdem darf kein Vertreter mehr verdienen als den durchschnittlichen Lohn eines Facharbeiters. Denn wer hohe Einkommen bezieht, kann sich kaum in die Lage eines normalverdienenden Arbeiters hineinversetzen. Die Gefahr des „sozialen Abhebens“ besteht dann zweifellos. Durch Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit sowie Begrenzung des Einkommens kann jedoch eine enge Anbindung an die Interessen der Basis gewährleistet werden.

# Kohle statt Kohl!

lassungen, Einstellungen, Arbeitsbedingungen, Produktionsänderung, Einführung neuer Technologien usw.

– demokratische Verwaltung in der Leitung des Betriebes. Das könnte z.B. so aussehen, daß sich die Aufsichts- und Leitungsgremien drittelparitätisch aus Vertretern der Belegschaft, der Gewerkschaften und des Staates zusammensetzen.

Die Belegschaftsvertreter können die unmittelbaren Interessen der Beschäftigten und deren Sachverstand im Produktions- und Verwaltungsbereich einfließen lassen.

Die Gewerkschaftsvertreter könnten die Gesamtinteressen der Beschäftigten in der Branche (auch der Zulieferer- und Abnehmerbetriebe) einbringen. Denn schließlich soll es nicht zu erneuter Konkurrenz zwischen den einzelnen verstaatlichten Betrieben kommen, sondern zu einer harmonischen Gesamtplanung der Produktion in der Branche.

Die Vertreter des Staates können die Belange gesamtstaatli-



„Bangemann, wir sind sehr viele – wir kommen mit Krätzer und Hackenstiele“ – nur gemeinsamer Kampf kann die Arbeitsplätze im Bergbau retten!

● **Ausdehnung der Kampfmaßnahmen auf europäischer Ebene**

Dazu könnte durch die entsprechenden Gewerkschaften eine europäische Konferenz der Stahl- und Bergarbeiter organisiert werden, mit Vertretern von Belegschaften, Betriebsräten und Vertrauensleuten. Ebenso könnten Arbeiterdelegationen direkt in die betreffenden Zechen und Stahlwerke nach Belgien, Frankreich, Luxemburg, Großbritannien usw. geschickt werden. In fast allen diesen Standorten haben in den vergangenen Jahren bereits heftige Kämpfe und Auseinandersetzungen stattgefunden. Erinnert sei nur an die Straßenschlachten zwischen Polizei und Stahlarbeitern in Lothringen und an den heroischen einjährigen Kampf der britischen Bergarbeiter.

Es wird Zeit, diese Kämpfe europaweit zu koordinieren. Nur gemeinsam können wir uns gegen die Europäische Gemeinschaft der Bosse zur Wehr setzen. Letztenendes kann eine sinnvolle Planung im Energie- und Stahlsektor auch nur auf internationaler Ebene erfolgen. Wir müssen der Forderung nach Durchsetzung „nationaler Interessen“ die Forderungen nach einem Europa der abhängig Beschäftigten, nach den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa entgegensetzen.

● **Aufstellung eines Energieplans**

Das Grundübel unserer kapitalistischen Gesellschaft ist, daß sich die gesamte Produktion nur nach dem erzielbaren Profit und nicht nach den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen richtet. Durch die Verstaatlichung der Energieversorgungsunternehmen und der Kohlekonzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle wäre die Voraussetzung geschaffen, die Produktion auf der Grundlage eines Energieplans durchzuführen. Wir könnten feststellen, welchen Bedarf es an Energie (Strom, Heizwärme etc.) wirklich gibt. Dann könnte untersucht werden, wie dieser Bedarf unter den Gesichtspunkten von Umweltschutz, Arbeitsplätzen, Energievorräten usw. am sinnvollsten zu befriedigen ist.

Ein modernes Verfahren zur Energieerzeugung aus Kohle ist z.B. die Wirbelschichtfeuerung in Verbindung mit der Kraftwärmekopplung. Durch die besondere Art der Verbrennung entstehen sehr wenig Schadstoffe. Derartige Kraftwerke eignen sich besonders gut zur energiesparenden Erzeugung von Strom und Heizwärme in Städten. Gleichzeitig könnte so der Ausstoß von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) insgesamt gesenkt werden. Von allen nicht erneuerbaren Energiequellen reichen die Kohlevorräte am längsten.

Methoden zur Energieeinsparung und der Einsatz erneuerbarer Energiequellen (Wasser, Wind, Sonne etc.) würden nicht länger an den Interessen einer kleinen radikalen Minderheit von Kapitalbesitzern scheitern.

Die Milliardensubventionen, die die Strom- und Kohlekonzerne heute für Dividendenzahlungen benutzen oder an der Börse verspekulieren, statt die Arbeitsplätze zu sichern, könnten gezielt in Maßnahmen für den Umweltschutz und in die Entwicklung neuer Techniken in der Energieversorgung genutzt werden. Die vorhandenen Arbeitskräfte könnten planmäßig ausgebildet und eingesetzt werden.

# Gemeinsamer Kampf

In allen Kohlerevieren (Saar, Ruhr, Aachen) sind mehrere Zechen von Stilllegung bedroht. Das Aachener Revier soll sogar ganz verschwinden. Die betroffenen Belegschaften haben besonders in den letzten zwei Jahren durch verschiedene Aktionen ihre Bereitschaft gezeigt, ihre Arbeitsplätze zu verteidigen.

Oft ist die Zeche der größte Arbeitgeber in der Umgebung, so daß eine Schließung zur Verarmung eines Stadtteils oder gar einer ganzen Region führen würde. Die Bevölkerung der betroffenen Region ist auch deswegen sehr schnell bereit, den Kampf der Bergarbeiter zu unterstützen, wie das Beispiel der Zeche Sophia Jacoba in Hückelhoven (Aachener Revier) zeigt. Wie in Rheinhausen hat sich auch in Hückelhoven spontan eine „Initiative betroffene Frauen und ihre Familien“ und ein Bürgerkomitee gebildet, um den Kampf für den Erhalt aller Arbeitsplätze zusammen mit der Belegschaft der Zeche aufzunehmen. Einige Lehren aus dem Kampf um das Krupp-Stahlwerk in Rheinhausen können auch hier hilfreich sein:

- Bundesregierung und die Unternehmer halten ihre Versprechungen nicht ein.

Getroffene Abmachungen dienen des öfteren nur zur Beruhigung der Belegschaft und des Betriebsrats und werden alsbald gebrochen, wenn Ruhe eingekehrt ist.

Im September 1987 wurde zwischen Gesamtbetriebsrat und Vorstand der Krupp-Stahl AG ein Vertrag geschlossen. Darin stimmte der Gesamtbetriebsrat einem begrenzten Arbeitsplatzabbau zu, weil die Krupp-Stahl AG im Gegenzug den Erhalt aller Krupp-Stahl-Standorte vertraglich zusicherte. Doch: „Die Tinte war auf dem Papier noch nicht trocken, als die Nachricht von der Schließung der Hütte wie eine Bombe in Rheinhausen einschlug“. (Aus der „Dokumentation der Krupp-Stahlarbeiter in Rheinhausen, Teil 1“).

Wachsamkeit und Kampfbereitschaft sind deshalb bis zur endgültigen Lösung geboten.

- Die Belegschaft muß in Betriebsversammlungen und durch Informationsmaterial über die Kampfstrategie, den jeweiligen Stand der Verhandlungen und Hintergründe laufend voll informiert werden.

Es ist immer wichtig, durch Aufklärung und demokratische Diskussionen jedes Belegschaftsmitglied zu überzeugen und ihn in den Kampf miteinzubeziehen. Bloße Beruhigungen sind meist fehl am Platz und nützen nur den Kohleunternehmern und ihrer Politik.

- Die Belegschaft kann Delegationen zu anderen Zechen schicken, um direkten Kontakt zu den anderen Belegschaften aufzunehmen, über die wirkliche Lage zu informieren, Erfahrungen auszutauschen und ein gemeinsames Vorgehen zu diskutieren. So kann Spaltungsversuchen begegnet werden.

Beschäftigte in der Energiewirtschaft, Belegschaften in anderen Betrieben vor Ort und in der Umgebung sollten auch besucht und um ihre Unterstützung gefragt werden. Dabei müssen sie auf die Folgen einer Zechenschließung, auf ihre jeweilige

eigene Lage hingewiesen werden. Besonders im Stahlbereich, aber verstärkt auch im öffentlichen Dienst, sind die Kollegen massiv von Arbeitsplatzabbau betroffen. All diese Schritte können dazu beitragen, die Kampfbereitschaft zu steigern und auszudehnen. Ein solcher Austausch kann auch verhindern, daß einzelne Belegschaften gegeneinander ausgespielt werden.

- Öffentlichkeitswirksame Aktionen

Die Rheinhausener Stahlarbeiter haben ein großes Echo und Solidarität aus der ganzen Bundesrepublik erreicht, weil sie in aufsehenerregenden Aktionen, an denen Belegschaft und die betroffene Bevölkerung massenhaft teilnahmen, auf ihre Notlage aufmerksam gemacht haben.

- Volle Kampfkraft

Eine Lehre aus Rheinhausen ist aber auch, daß auf jeden Angriff von Seiten der Unternehmer bzw. ihrer Regierung sofort entschlossen mit der größtmöglichen Kampfkraft geantwortet werden muß. Die Taktik mit einer begrenzten Mobilisierung der Belegschaft zu beginnen, um später noch „eine Schippe zulegen zu können“ wird von der Kapitaleseite als Schwäche interpretiert.

- Eintägiger Vollstreik und Marsch auf Bonn

Ein eintägiger Vollstreik im gesamten deutschen Kohlebergbau würde die Geschlossenheit und Kampfbereitschaft der Kumpel demonstrieren und wäre ein Signal an andere Teile der Arbeiterklasse. Dieser Vollstreik könnte am gleichen Tag mit einem Marsch auf Bonn verbunden werden. Wichtiger als der wirtschaftliche Schaden wäre der politische Druck, der mit einem Vollstreik erzielt würde.

Eine von der IGBE organisierte Konferenz mit Vertrauensleuten und Betriebsräten aus allen Zechen mit anschließender bundesweiter Urabstimmung könnte zur Vorbereitung eines solchen Streiks dienen.

Die Bereitschaft dazu ist unter den Kumpels vorhanden. Bereits Ende 1987 wurde die Forderung „Marsch auf Bonn“ unter den Kumpels und den Stahlarbeitern in Rheinhausen laut. Der IGBE-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer sagte auf dem IGBE-Kongreß im November 1988, die Geduld der Bergleute sei bis „an die Grenze des Zumutbaren“ strapaziert. Doch viele Kollegen werden mit Recht einwenden, daß die IGBE-Führung leider in der Vergangenheit, statt auf die Kampfkraft der Bergleute zu vertrauen, auf die „Sozialpartnerschaft“ gesetzt hat. Allein seit 1982 wurden 40.000 Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau abgebaut. Zwar wurden vergleichsweise gute Sozialpläne ausgehandelt, aber Sozialpläne – egal wie gut sie sein mögen – bedeuten, daß Arbeitsplätze für immer verloren gehen. Die nachfolgende Generation geht leer aus.

Das Durchschnittsalter auf den Zechen betrug Mitte 1987 34,2 Jahre. Die Arbeitslosigkeit ist im jetzigen Aufschwung sogar weiter angestiegen. Eine Politik, die auf Arbeitsplatzabbau über Sozialpläne setzt, bietet deshalb keinen Ausweg. Die Arbeitsplatzvernichtung muß jetzt gestoppt werden.



Die Mahnwache vor der Zeche Sophia-Jacoba in Hückelhoven fand unter großer Beteiligung der Bevölkerung statt. Die dabei eingesetzten Feuerkörbe aus Rheinhausen sind auch ein Zeichen der Solidarität.



# Gemeinsam den Kahlschlag Verhindern!

Wenn Du Interesse an unseren politischen Ideen hast, melde Dich bei  
Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1 Telefon 0221/ 13 45 04  
oder schicke uns untenstehenden Abschnitt ein

Die Zeitung VORAN wird von aktiven SPD-Mitgliedern, Jungsozialisten, Gewerkschaftern und Falken getragen, die sich als Marxisten verstehen und für eine konsequente sozialistische Politik dieser Organisationen einsetzen. Wir treten für eine sozialistische Demokratie in West und Ost ein, d.h. für den Sturz des Kapitals im Westen und der Bürokratenherrschaft im Osten.

## Wir kämpfen für

- Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatz-Garantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung . . . .
- Überführung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratische Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

## Einheitsfront aller SPD-regierten Länder und Gemeinden

Die SPD-Landesregierung hat dem Kohlebergbau ihre Unterstützung zugesichert. In der Vergangenheit ist von dem Land NRW auch einiges an Geld für die Kohle ausgegeben worden. Die Bonner konservative Regierung versucht den SPD-regierten Revierländern NRW und Saarland zusätzliche Ausgaben zuzuschieben. Die SPD-Landesregierung protestiert zurecht dagegen. Aber sie könnte und müßte wesentlich mehr tun, als in Briefen und Interviews zu protestieren. (Vorschläge der SPD-Führung zur Kürzung der Knappschaftsrente, oder die Tatsache, daß Hans-Jochen Vogel dem IGBE-Kongreß aus „Termingründen“ fernblieb, sind ein Unding und nutzen nur dem politischen Gegner.) Die Kommunen verfügen über 60% der Stimmrechte beim Energiereisen RWE. Die Vertreter der SPD sollten ihre Sitze im Aufsichtsrat nutzen, um die Öffentlichkeit über die Konzernpolitik und dessen Machenschaften im Atomgeschäft aufzuklären und, gestützt auf die Mobilisierung der Bevölkerung, auf die Konzernpolitik Einfluß nehmen.

Alle SPD-regierten Bundesländer müßten eine gemeinsame Kampagne für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie und für die Überführung der Energieversorgungsunternehmen und Kohlekonzerne in hundertprozentiges Gemeineigentum führen. Dann wäre auch eine vernünftige weitblickende Planung der Energieversorgung möglich. Öffentliche Gelder könnten direkt zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet werden.

Desweiteren sollten die SPD-regierten Länder einen einheitlichen Kampf organisieren, der sich gegen die Kürzungen bei den Finanzen von Ländern und Gemeinden durch die Bonner Regierung richtet. Über den Länderfinanzausgleich versucht die Koalition in Bonn z.B. die SPD-Landesregierungen in die Rolle von Vollstreckern ihrer Kürzungspolitik zu zwingen.

Eine Einheitsfront aller SPD-regierten Länder, gestützt auf die breite Mobilisierung der Arbeiter und der Jugend, im Schulterschuß mit den Gewerkschaften: Solch ein massiver Widerstand könnte die Kohl-Regierung in die Knie zwingen.

Ich möchte  
**VORAN**

kennenlernen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

Telefon

Ich möchte

Eine Probe-Nummer von VORAN

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM

.... Exemplare dieser Kohlebroschüre

Infos über weiteres politisches Material von Euch

PschA Essen, BLZ 360 100 43

Konto-Nr. 2500 59-430

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1